

Durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide lassen sich Klimaschutzmaßnahmen direkt demokratisch durch die Bürgerinnen und Bürger durchsetzen. Oftmals genügt bereits die Ankündigung eines Bürgerbegehrens um lokale Entscheidungsträger umzustimmen. Und auch dort, wo die Durchführung eines Bürgerbegehrens rechtlich nicht zulässig ist, können andere Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürgerbefragungen zum Ziel führen.

A - Erfolgreiche Bürgerbegehren zur Energieversorgung

Die lokale Energieversorgung wird zunehmend von den Menschen vor Ort mitgestaltet. So wurde z.B. in Düsseldorf (2001), Hamm (2001), Münster (2002), Ratingen (2002), Leipzig (2008) und Quedlinburg (2009) die Privatisierung der Stadtwerke mittels Bürgerbegehren verhindert. In Hamburg und Stuttgart setzen sich die Menschen derzeit für eine Rekommunalisierung der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze ein. In Dachau (2010) und Aachen (2010) haben Bürgerbegehren zum Ausstieg der Stadtwerke an neuen Kohlekraftwerksprojekten geführt und in Schleswig-Holstein haben die "Bürger für Klimaschutz in Bargteheide" mit einem Einwohnerantrag die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für ihre Kommune erreicht.

Bisher gab es bereits einige Bürgerbegehren die sich mit der Thematik Stromversorgung auseinandergesetzt haben. Zu den bekanntesten zählen wohl die beiden Bürgerbegehren in Schönau aus den Jahren 1991 und 1996, die letztendlich zur Gründung des Ökostromanbieters EWS Schönau führten. Ein weiteres Erfolgsbeispiel sind die bayerischen Bürgerbegehren gegen die Nutzung von Temelin-Strom, deren Ankündigung bereits zum Einlenken des Stromkonzerns E.ON geführt haben.

Netze zurück in Bürgerhand

Als in **Schönau** der Konzessionsvertrag mit dem örtlichen Netzbetreiber auslief und der Gemeinderat eine vorzeitige Verlängerung des Vertrags beschloss, begannen die als „Stromrebell“ bekannt gewordenen Schwarzwälder mit der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen die Vertragsverlängerung. Gleichzeitig legte die Bürgerinitiative ein eigenes Angebot vor und forderte den Erwerb des örtlichen Stromnetzes, um eine eigenständige ökologische Energieversorgung zu gewährleisten. Die Schönauerinnen und Schönauer stimmten in zwei Bürgerentscheiden schließlich für den Vorschlag der Bürgerinitiative. 1994 wurden die Elektrizitätswerke Schönau GmbH gegründet, im November erhielten die EWS vom Stadtrat die Konzession für die Stromnetze. Seit der Liberalisierung des Strommarktes können die EWS ökologisch erzeugten Strom auch an Haushalte und Betriebe in ganz Deutschland verkaufen. Heute beliefert das Unternehmen seine bundesweit mehr als 100.000 Kunden mit „echtem Ökostrom“.



In **Hamburg** hat im August 2010 die Initiative "Unser Hamburg - Unser Netz", ein breites parteiunabhängiges Bündnis aus Umweltverbänden, Bürger- und Verbraucherinitiativen und Kirchen, fast 18.000 Unterschriften für den Rückkauf der Hamburger Netze eingereicht und damit die für eine erfolgreiche Volksinitiative nötigen 10.000 gültigen Unterschriften deutlich überschritten. 2014 laufen in Hamburg die Konzessionsverträge für Strom, Gas und Fernwärme aus. Ab 2015 könnte die Stadt die Netze in öffentlicher Hand selbst betreiben. Als es im Dezember in der Hamburger Bürgerschaft um die Übernahme oder Ablehnung der Volksinitiative "Unser Hamburg - unser Netz" ging, kam heraus, dass eigentlich alle Fraktionen die Rekommunalisierung der Energienetze befürworten. Auf einen gemeinsamen Weg konnten sich CDU, SPD, GAL und Linke allerdings nicht einigen. Die Volksinitiative wurde somit nicht übernommen. Das Bündnis hat daraufhin die Durchführung eines Volksbegehrens beantragt. Im Juni 2011 wird damit die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze starten. Dafür müssen 60.000 gültige Unterschriften gesammelt werden.haben.

Seit Februar 2011 werden auch in **Stuttgart** Unterschriften für ein Bürgerbegehren zum Rückkauf der Strom-Gas- und Fernwärmenetze gesammelt. In Stuttgart laufen die Konzessionsverträge zum 31.12.2013 aus. Sämtliche Netze liegen derzeit in der Hand der EnBW Energie Baden-Württemberg AG.

Mit Bürgerbegehren für den Ausstieg aus Kohle und Atom

Die Bürgerinitiative Kontra-Kohlestrom engagierte sich 2010 erfolgreich gegen eine geplante Beteiligung der Stadtwerke **Dachau** an den neu zu bauenden Kohlekraftwerken in Lünen und Krefeld. 62% der Dachauerinnen und Dachauer stimmten im Bürgerentscheid für den Ausstieg der Stadtwerke. Dies war der erste erfolgreiche Bürgerentscheid, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger gegen Kohlekraftwerke ausgesprochen haben. Dachau diente wiederum als Vorbild für die Bürgerinitiative "Saubere Energie **Aachen**", die mit Unterstützung der Klima-Allianz und BBK mit einem Bürgerbegehren erfolgreich Druck auf die Aachener Stadtwerke (STAWAG) ausübte aus der Beteiligung am Kohlekraftwerksprojekt Krefeld auszusteigen. Wie die STAWAG im Januar 2011 bekannt gab wird sie sich nun nicht mehr am geplanten Steinkohlekraftwerk beteiligen. Damit ist das Bürgerbegehren bereits im Wesentlichen umgesetzt.

Und auch zum Ausstieg aus der Atomenergie gab und gibt es Beispiele: Im Herbst 2000 hatte die ödp zeitgleich in **elf bayerischen Städten** die Bürgerbegehren "Temelin-Strom kommt mir nicht ins Haus" gestartet, um die dauerhafte Inbetriebnahme des umstrittenen Atomkraftwerks Temelin in Tschechien zu verhindern. Unter dem Druck dieser Bürgerbegehren vollzog der Stromkonzern E.ON eine Kehrtwendung und kündigte im August 2001 den Stromliefervertrag mit dem Temelin-Betreiber CEZ.

In **Bielefeld** sammelt die Initiative "Bielefeld steigt aus" seit September 2010 Unterschriften für ein Bürgerbegehren für den Ausstieg der Stadt aus dem AKW Grohnde bis zum Jahr 2018. Bisher sind über 8.000 Unterschriften zusammen gekommen. Die notwendige Unterschriftenzahl für ein Bürgerbegehren liegt bei 10.000 gültigen Unterschriften. Und die Unterschriftensammlung hat beim Stadtrat bereits Wirkung gezeigt: Im März 2011 wurden die Stadtwerke Bielefeld beauftragt, ein alternatives Energiekonzept zu erarbeiten, das spätestens ab 2018 auf jegliche Nutzung von Atomenergie verzichtet.

Proaktiv für erneuerbare Energien

Das sich die Bürgerinnen und Bürger nicht nur gegen Kohle- und Atomenergie engagieren, sondern auch für den Ausbau erneuerbarer Energien zeigen die folgenden Beispiele: Im Mai 2010 sammelte die Bürgerinitiative "Bürger für Klimaschutz in **Bargteheide**" im schleswig-holsteinischen Bargteheide Unterschriften für einen Einwohnerantrag. 634 Einwohnerinnen und Einwohner unterschrieben diesen Antrag, der besagt, dass die Stadtvertreter ein Klimaschutzkonzept für die Stadt in Auftrag geben sollen. In der Folge stimmten die Gemeindevertreter im Bargteheider Energieausschuss dem Einwohnerantrag für ein integriertes Klimaschutzkonzept einstimmig zu. Und selbst für den Bau von Windenergieanlagen sammeln die Bürgerinnen und Bürger Unterschriften. Fast parallel starteten 2010 Bürgerbegehren pro Windkraft in **Wasbek, Ehndorf und Timmaspe**. Alle drei Begehren scheiterten jedoch im Bürgerentscheid.

B – Erfolgreicher Bürgerprotest gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke

Aufgrund der, in vielen Bundesländern ausgeschlossenen Bauleitplanung, gab es bisher kaum Bürgerbegehren, die sich vor Ort gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke gerichtet haben.¹ Bürgerproteste oder Bürgerbefragungen und andere Formen der Mitbestimmung haben jedoch direkt oder indirekt in vielen Fällen dazu geführt, dass sich die großen Energieversorger von ihrem Kraftwerksprojekt zurück gezogen haben. Das beste Beispiel ist der Fall **Ensdorf** (Saarland), wo auf Druck von Bürgerinitiativen, Naturschutzverbänden und einer Ärzte-Initiative eine Bürgerbefragung zum geplanten Steinkohlekraftwerk statt fand.

¹ Gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks richtete sich bisher nur ein einziges Bürgerbegehren („Nein zu Block 9“ Mannheim 2008). Das Bürgerbegehren scheiterte bereits an der Unterschriftenhürde.

Bürgerbefragung Ensdorf

Als die Pläne für den Bau eines Steinkohlekraftwerks bekannt wurden, schlossen sich die Gegner zum Aktionsbündnis "Kein Klimakiller Ensdorf" zusammen. Mitglieder waren unter anderem der BUND-Landesverband, Greenpeace, örtliche ATTAC-Gruppen, der Saarwaldverein und die Gesellschaft für nachwachsende Rohstoffe. Da die Bauleitplanung im Saarland laut Kommunalselbstverwaltungsgesetz ausgeschlossen ist, konnte dieses Bündnis kein Bürgerbegehren starten. Trotzdem sammelten sie binnen kurzem 22.000 Unterschriften (als Petition an den Landtag). Als Reaktion auf die vielen Proteste der Einwohner kam es schließlich in Ensdorf zu einer unverbindlichen Bürgerbefragung. Konkret ging es darum, ob der Gemeinderat der Änderung des Flächennutzungsplans zustimmen und so letztlich den Weg für das geplante RWE-Großkraftwerk frei machen soll. Bei der Bürgerbefragung sprachen sich 70 Prozent der Teilnehmer gegen die 1600-Megawatt-Anlage aus. RWE nahm daraufhin vom Kraftwerksbau Abstand, da sie vorher angekündigt hatten, den geplanten Neubau für ein Kohlekraftwerk in Ensdorf nur dann realisieren zu wollen, wenn die Bevölkerung mehrheitlich zustimmt.

Der Erfolg in Ensdorf war Vorbild für die Forderung für eine Bürgerbefragung zum Bau eines Steinkohlekraftwerks in **Dörpen** (Niedersachsen). Die "Fragt uns!"-Kampagne von compact! (unterstützt von Bürgerbegehren Klimaschutz) hat zwar nicht zur erhofften Bürgerbefragung geführt, aber für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Schließlich hat sich auch hier der Energieversorger EnBW vom Kraftwerksbau zurück gezogen. Sicherlich haben die jahrelangen Proteste und Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger wesentlich dazu beigetragen.



Auch im **Berliner Bezirk Lichtenberg** sollte ein neues Steinkohlekraftwerk gebaut werden. Doch auch hier beugte sich der Energiekonzern (Vattenfall) dem massiven Widerstand gegen das Projekt. Statt Steinkohle will Vattenfall nun auf Gas setzen und bietet Berlin ein Klima-Bündnis zur CO₂-Reduzierung an.